

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Friedrich Merz, Ilse Aigner, Axel E. Fischer (Hardt), Norbert Hauser (Bonn), Dr.-Ing. Rainer Jork, Werner Lensing, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Thomas Rachel, Katherina Reiche, Kurt J. Rossmanith, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Angelika Volquartz, Heinz Wiese (Ehingen), Wolfgang Zöllner und der Fraktion der CDU/CSU

Deutschland muß verlässlicher Partner in europäischer Raumfahrt bleiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die dynamische Entwicklung der Raumfahrttechnik bedingt eine ebenso starke Dynamik bei den strategischen Entscheidungen Deutschlands und Europas, das Potential der Raumfahrt in voller Bandbreite zu erschließen und zu nutzen. Es besteht ein vitales politisches, strategisches und wirtschaftliches Interesse daran, die wissenschaftliche, technologisch und industrielle Kompetenz Europas auf dem Gebiet der Raumfahrt dauerhaft zu sichern und auszubauen. In der industrialisierten Welt gehört die Raumfahrt zu den Sektoren, die das beste Potential nicht nur hinsichtlich des wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Ertrags, sondern auch hinsichtlich der direkten und indirekten Auswirkungen auf qualifizierte Beschäftigung und Arbeitsplätze bieten. Die Raumfahrt selbst bietet in Deutschland zwar nur rd. 5700 hochqualifizierte Arbeitsplätze, sie hat aber eine große Breitenwirkung. Rund 95 % der Arbeitsplätze entstehen außerhalb der eigentlichen Raumfahrtindustrie, und zwar vor allem in der mittelständischen Industrie.

Die globalen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die in den letzten Jahren eingetreten sind, haben zusammen mit der außerordentlichen Expansion der Raumfahrtanwendungen eine Ära eingeleitet, in der sich der Wettbewerb immer mehr verschärft hat. Obwohl die internationale Kooperation auch weiterhin eine zentrale Rolle spielen muß, muß sich Europa dieser Wettbewerbssituation stellen, indem es seine Kapazitäten weiterentwickelt und sich bemüht, die Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb und gleiche Marktzugangschancen zu schaffen. Dazu ist eine gut koordinierte und umfassende europäische Raumfahrtstrategie erforderlich, die auf höchster politischer Ebene zu entscheiden ist und alle europäischen Akteure zusammenführt. Deutschland darf sich auf keinen Fall abkoppeln.

Vier wesentliche strategische Ziele lassen sich für die europäische Raumfahrtforschung definieren:

1. die Mehrung wissenschaftlicher Erkenntnisse,
2. die Verbesserung der Lebensqualität auf der Erde,
3. die Steigerung der europäischen Kompetenz und Leistungsfähigkeit als Voraussetzung für Kooperationsfähigkeit,
4. die Förderung der Innovationsfähigkeit der europäischen Weltraumin-
dustrie.

Im wissenschaftlichen Bereich hat Deutschland in den vergangenen Jahren hervorragende Leistungen erbracht: sei es der Bau des Röntgensatelliten ROSAT, mit dem das Weltall in einzigartiger Weise nach Röntgenquellen durchmustert worden ist, seien es die Erdbeobachtungssatelliten ERS-1 und 2, seien es die Spacelab-Missionen für die Forschung unter Schwerelosigkeit, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese wissenschaftlichen Pfade müssen weiter gegangen werden.

Bei den anwendungsorientierten Programmen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie und für die Erschließung künftiger Märkte von entscheidender Bedeutung sind, sind entschlossene gemeinsame Anstrengungen zwischen Staat und Wirtschaft in Form einer „private-public-partnership“ erforderlich.

Die Diskussion zum Thema Raumfahrt ist zu einseitig auf die bemannte Raumfahrt und die damit verbundenen Projekte fokussiert. Raumfahrt ist aber mehr. Sie ist eine Schlüssel- und Querschnittstechnologie, auf die kein hochtechnisiertes Land verzichten kann. Wenn Europa mit der äußerst erfolgreichen ARIANE-4-Rakete und der neuen ARIANE-5-Rakete einen Weltmarktanteil an den kommerziellen Satellitentransporten von rd. 60 % hat, so hat sich die Raumfahrt in diesem Bereich zu einem florierenden Wirtschaftszweig entwickelt. Gleich gute Chancen haben die Satellitenkommunikation und -navigation. Private Organisationen engagieren sich zunehmend in der Telekommunikation, in weltumspannenden Telefonnetzen und satellitengestützten Navigationssystemen.

Die Delphi-Studie 1998 zur globalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik kommt zu dem Ergebnis, daß die erdnahe Raumfahrt für Wirtschaft und Umwelt immer wichtiger wird. Satellitentechnik für die Erdbeobachtung und Telekommunikation seien sowohl aus kommerzieller als auch aus ökologischer Sicht interessant. In etwa zehn Jahren würden große Fortschritte erwartet. Unter diesem kommerziell bedeutsamen Aspekt der Raumfahrtforschung wird Deutschland heute ein guter Leistungsstand zugebilligt, während ansonsten die USA haushoch überlegen sind. Vor diesem Hintergrund sei es eine wichtige Aufgabe der Forschungspolitik, die Arbeitsteilung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren für die Zukunft zu definieren und insbesondere bei der Anwendung der Satellitentechnik den Übergang von staatlichen in die private Zuständigkeit konkret zu planen und auszuhandeln.

Angesichts dieser Situation sind Mittelkürzungen bei der Raumfahrt, wie sie die Bundesregierung plant, das absolut falsche Signal an Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland, aber auch an die europäischen Partner und insbesondere Frankreich. Wenn Europa im Wettbewerb mit den USA wenigstens punktuell mithalten will, kann nur eine gemeinsame Strategie weiterhelfen. Die USA geben rd. sechsmal soviel an staatlicher Förderung für

die Raumfahrt aus als Europa zusammen! Der Anteil am Bruttosozialprodukt für die staatliche Förderung an der Raumfahrt beträgt in den USA 0,35 %, in Frankreich 0,157 %, in Deutschland 0,071 %!

Auf der ESA-Ministerratskonferenz im Oktober 1995 in Toulouse wurde u.a. Konsens über die Beteiligung Europas an der internationalen Raumstation ISS und über die ARIANE-5-Begleitprogramme erzielt. Es wurde vereinbart, daß Europa sich an einem Labormodul COF – in erster Näherung vergleichbar mit einem Spacelab – und dem Transportfahrzeug ATV an der internationalen Raumstation beteiligt. Der ursprünglich von ESA vorgesehene Gesamtkostenrahmen für die Raumstationsbeteiligung wurde deutlich gesenkt.

Für den Gesamterfolg der Konferenz waren der enge deutsch-französische Schulterschuß, der auf einer ausgewogenen Interessensbalance beider Staaten beruht, ausschlaggebend. Hinzu kamen die klare deutsche Verhandlungsposition, deren Kern in der Forderung bestand, über die Raumstationsbeteiligung und das ARIANE-5-Begleitprogramm in einem Gesamtpaket zeitgleich zu entscheiden, sowie die konsequente Anwendung des Prinzips „design to cost“ auf deutsche Initiative bei der ESA. Der Konferenzerfolg wurde möglich, weil Deutschland und Frankreich sich vorher auf eine Kompromißlinie bez. einer stärkeren Beteiligung Frankreichs am Bau des Labormoduls geeinigt hatten.

Am 11./12. Mai 1999 werden sich die ESA-Forschungsminister in Brüssel erneut treffen, um strategische Entscheidungen über Europas weitere Raumfahrtaktivitäten zu treffen. Deutschland hat schon im Vorfeld dieser Konferenz zu erkennen gegeben, daß es eher bereit ist, die Raumfahrtmittel zu kürzen als aufzustocken. Das bedeutet, daß Deutschland bei neuen Projekten auf europäischer Ebene nicht mitmachen kann bzw. wegen des fehlenden deutschen Beitrags Europa diese Projekte voraussichtlich gar nicht durchführen kann. Damit dürfte sich der Wettbewerbsvorsprung der USA noch vergrößern. Europa droht sich von Technologiefeldern der Zukunft zu verabschieden bzw. noch mehr abhängig von den USA zu machen. Die deutsche Seite muß deshalb auf der Brüsseler Konferenz „Flagge zeigen“ und nicht als Bremser der europäischen Raumfahrt auftreten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf:

1. die international eingegangenen Verpflichtungen bez. der Beteiligung am europäischen Raumstations-Entwicklungsprogramm einzuhalten, die erforderlichen Mittel in Höhe von rd. 2,5 Mrd. DM, die noch von der früheren Bundesregierung für die Jahre 1998 bis 2004 vorgesehen worden sind, bereitzustellen. Deutschland hat im europäischen Verbund mit 41 % Beteiligung die führende Rolle beim Raumstationsprogramm.
2. das Nutzungskonzept für die internationale Raumstation weiterzuentwickeln und insbesondere die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Deutschland die Station in den verschiedenen wissenschaftlichen und technischen Disziplinen angemessen nutzen kann. Dies setzt eine intensive Vorbereitung und Förderung von Forschungsvorhaben in terrestrischen Labors voraus. Mittel in Höhe von zusätzlich 100 Mio. DM pro Jahr mehr sind dazu in den nächsten Jahren erforderlich. Auf keinen Fall dürfen Mittel aus dem nationalen Raumfahrtpro-

gramm abgezweigt werden. Das nationale Programm muß ebenfalls aufgestockt werden, wie es die frühere Bundesregierung vorgesehen hatte.

3. die ARIANE-5-Weiterentwicklung mitzufinanzieren. Für den Zeitraum von 2001 bis 2005 wird mit einem Bedarf an Satellitenstarts von 60 bis 90 pro Jahr gerechnet. Mit einer leistungsstärkeren ARIANE 5 mit wiederzündbarer Oberstufe wird die künftige Wettbewerbsfähigkeit europäischer Raumtransportsysteme gegenüber der amerikanischen und russischen Konkurrenz gesichert. Frankreich ist mit 45 % Beteiligung bei ARIANE führend. Deutschland hat sich bisher an allen ARIANE-Programmen mit 20 % beteiligt. Bezogen auf das ARIANE 5 Weiterentwicklungsprogramm bedeutet das die Bereitstellung von 100 Mio. DM jeweils zusätzlich für die Jahre 2000 bis 2003.
4. den Aufbau eines europäischen satellitengestützten Navigationssystems GNSS zu unterstützen, d. h. die staatliche Flankierung des privatwirtschaftlichen Engagements sicherzustellen. Damit soll die Abhängigkeit von dem amerikanischen GPS- und dem russischen GLONASS-System, deren Peilsignale verschlüsselt sind und unter militärischer Verfügungsgewalt stehen, verhindert werden. Deutschland und Europa können so an der rasanten Kommerzialisierung von Dienstleistungen durch weltraumgestützte Systeme teilhaben, wie auch im Zuge der technischen Entwicklungen Standards und Normen für Endgeräte setzen.
5. die angemessene Beteiligung Deutschlands am Erdbeobachtungsprogramm der ESA sicherzustellen. In der Erdbeobachtung ist die deutsche Industrie bei der Erforschung, Integration und dem Test von kompletten Satellitensystemen federführend. Sie verfügt in der Radartechnik, die ein wetterunabhängiges Umweltmonitoring ermöglicht, über ein weltweites Know-how. Dieses muß für die Wissenschaft wie auch die Erschließung kommerzieller Anwendungen für neue Märkte weiterentwickelt werden.
6. Deutschland muß auch weiterhin ein verlässlicher Partner in der europäischen Raumfahrt bleiben. Finanzielle Engpässe, die in den kommenden Jahren primär durch die Beteiligung an der Raumstation bedingt sind, dürfen nicht dazu führen, daß das Zeitfenster für wesentliche Entscheidungen auf dem Technologiefeld Raumfahrt verpaßt und somit der Konkurrenz der Vortritt gelassen wird. Damit die deutsche Seite auf der Ministerratskonferenz handlungsfähig ist, müssen entsprechende Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2000 und nachfolgenden Jahren vorgesehen werden. Die anderen europäischen Mitgliedstaaten der ESA drängen zu Recht auf eine angemessene deutsche Beteiligung.

Bonn, den 16. März 1999

Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Friedrich Merz
Ilse Aigner
Axel E. Fischer (Hardt)
Norbert Hauser (Bonn)
Dr.-Ing. Rainer Jork
Werner Lensing
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Thomas Rachel

Katherina Reiche
Kurt J. Rossmann
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Dr. Erika Schuchardt
Bärbel Sothmann
Angelika Volquartz
Heinz Wiese (Ehingen)
Wolfgang Zöllner
Dr. Wolfgang Schäuble,
Michael Glos und Fraktion